

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	421
		TOP:	10
Verhandlung		Drucksache:	794/2020
		GZ:	SWU
Sitzungstermin:	10.11.2020		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Frau Schmidt / fr		
Betreff:	BPlan und Satzung über örtliche Bauvorschriften Bergstraße/Buchwaldstaffel, Kindertagesstätte (Stgt 311) im Stadtbezirk Stuttgart-Ost - Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB - BPlan der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB - Einbringung -		

Vorgang: Ausschuss für Stadtentwicklung u. Technik v. 03.11.2020, öffentlich, Nr. 399
Ergebnis: Vertagung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 09.10.2020, GRDRs 794/2020, mit folgendem

Beschlussantrag:

Der Bebauungsplan und die Satzung über örtliche Bauvorschriften Bergstraße/Buchwaldstaffel, Kindertagesstätte (Stgt 311) im Stadtbezirk Stuttgart-Ost sind gemäß § 2 Abs. 1 BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung (§ 13a BauGB) aufzustellen.

Der Geltungsbereich ist auf dem Deckblatt der Allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung dargestellt. Maßgebend für den Geltungsbereich ist der Lageplan des Amts für Stadtplanung und Wohnen vom 23. September 2020.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

BM Pätzold erklärt, der Bezirksbeirat Ost habe die Kita mit großer Mehrheit befürwortet, die Anwohnergarage sei kontrovers diskutiert worden.

Einen Versorgungsgrad in Stuttgart-Ost von lediglich 49 % bei Kitas stellt StRin Schiener (90/GRÜNE) fest. Neben einer Kindertagesstätte gehe es um eine Quartiersgarage mit 15 Stellplätzen, die im Hang errichtet werden solle. Sie schlägt vor, diese Quartiersgarage nicht zu bearbeiten. Anstatt vier könnten somit sechs Kita-Gruppen eingerichtet werden. Sie verweist auf die parallel laufende Machbarkeitsstudie für eine Quartiersgarage unter der Gablenberger Schule im Rahmen der Umgestaltung der Gablenberger Hauptstraße, was sinnvoller sei. Schwierigkeit der Vorlage sei das Verfahren nach §13a BauGB mit einer Quartiersgarage im Hang, das nicht aus dem Flächennutzungsplan (FNP) entwickelt worden sei. Dieser sehe für diesen Bereich eine Grünfläche für eine Parkanlage und landwirtschaftliche Fläche mit Erholungsfunktion vor. Die dringend benötigte Kita solle schnell vorbereitet werden, nicht aber die Quartiersgarage. Dementsprechend müssten die Pläne sowie Ziel und Zweck der Planung geändert werden. Es stelle sich die Frage, ob die Umfahrung des Geltungsbereiches im Hang reduziert werden könne. Es werde vorgeschlagen, die Verkehrsfläche (V-Fläche) für ein weiteres Wohnhaus zu nutzen. Sie wolle wissen, ob in Richtung Straße weitere Wohnbebauung angeordnet werden könne.

StR Kotz (CDU) erklärt, aufgrund der Geographie könnten nicht 15 Stellplätze gegen zwei Kita-Gruppen getauscht werden. Es gehe um die Frage der Einrichtung einer Quartiersgarage. Er betont, es gebe im Gebiet einen starken Parkdruck, was sich auch an der Einrichtung des Parkraummanagements (PRM) ablesen lasse. Ziel sei, Parkplätze dem öffentlichen Raum zu entnehmen, um die Aufenthaltsqualität zu steigern. Es gebe nun die Möglichkeit, dezent im Hang eine Tiefgarage zu bauen, um das Quartier um einige Stellplätze zu entlasten. Er halte den Bau einer Tiefgarage in einen Hang pro Platz für kostengünstiger als den Bau einer Garage unter dem bestehenden Gelände der Gablenberger Schule. Dazu bitte er den Vorsitzenden um eine Einschätzung. Er unterstützt den Vorschlag der Verwaltung, die Prüfung des Projektes voranzutreiben.

In der Sitzung des Bezirksbeirates Ost hätten die Fraktionssprecher mehrheitlich signalisiert, so StR Ozasek (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), die Quartiersgarage an diesem Ort nicht für nötig oder als zu teuer zu erachten. Ein Stellplatz koste 67.000 Euro, was die Verwaltung entsprechend dargestellt habe. Die Aussichten für eine Tiefgarage unter der Gablenberger Schule seien laut Verwaltung sehr positiv. Dies müsse zur Kenntnis genommen werden. Zudem habe sich durch die Einführung des PRM der Parkdruck erheblich vermindert. Er greift den Hinweis von StRin Schiener auf, wonach das Projekt nicht nach dem FNP, sondern nur im beschleunigten Verfahren entwickelt werde. Diesem Vorgehen stehe er kritisch gegenüber, da relevante, schutzwürdige (Umwelt-)Güter betroffen seien. Ein beschleunigtes Verfahren finde ohne Kompensation der Folgekosten für die Umwelt statt. Als Kompromiss könne er einem beschleunigten Verfahren ohne Quartiersgarage zustimmen. Des Weiteren spricht er die Umgebungssituation an. Die Planungen, bei denen mit Gehwegbreiten von 1,80 m gearbeitet werde, reagierten nicht hinreichend auf eine zukünftige Kita, sowie die Ansprüche von Fußgängerinnen und Fußgängern und Radfahrerinnen und Radfahrern. Es müssten Anreize gegeben werden, die Stadt zu Fuß oder mit

dem Rad zu erkunden. Dazu kündigt er einen entsprechenden Antrag an, wonach die Mindeststandards für Gehwegbreiten festzusetzen seien und ein verkehrsberuhigter Bereich eingerichtet werde.

Für StRin Schanbacher (SPD) wird die Diskussion "mit dem Kopf in den Wolken" geführt, denn parallel laufe das Programm Soziale Stadt, in dem für das Problem des Parkdrucks Lösungen gefunden werden sollen. Es müsse versucht werden, Fahrzeuge aus den Straßen zu entfernen, um mehr Lebensraum zu schaffen. Dies müsse in ein Konzept eingebettet sein, das die Argumente für oder gegen eine Quartiersgarage festlege. Die Diskussion im Bezirksbeirat sei sehr diffus geführt worden. Einigkeit bestehe beim dringenden Ausbau der Kita. Daher schlägt sie Einbringung mit der Maßgabe vor, die Entscheidung über die Tiefgarage erst im Rahmen des großen Parkraumkonzeptes für Gablenberg zu fassen. Dem Vorschlag von StR Ozasek, die Infrastruktur für Fuß- und Radverkehr zu verbessern, kann sich die Stadträtin anschließen.

StR Serwani (FDP) weist darauf hin, dass die Parkierungsanlage laut Vorlage ohne größeren Aufwand herzustellen sei. Er spricht sich für den Bau beider Tiefgaragen (Kita und Schule) aus und betont, der Bezirksbeirat habe die Vorlage "wohlwollend" zur Kenntnis genommen. Auch wenn die Tiefgarage sehr teuer sei, könne sie für Verbesserungen für das Quartier sorgen.

Zustimmung zu den Planungen äußert StR Zeeb (FW). Der Raum des schwierigen Grundstückes werde sehr gut genutzt.

StRin Königeter (PULS) weist darauf hin, dass die Unterbauung der Kita eine Rolle für die darüber liegenden Grünflächen spiele. Über einer Tiefgarage könnten keine Bäume gepflanzt werden, die neben Schatten auch für einen Kühlungseffekt sorgten.

Die Vorlage hat für StRin Schiener handwerkliche Fehler. Sie moniert, es werde erklärt, eine Garage sei angedacht, aber es gebe keine Planung zu einer Kita ohne Garage. Die Pläne enthielten zu viele Ungereimtheiten, die sie nicht unterstützen könne.

In diesem Falle müsse StRin Schiener die Kita ablehnen, so BM Pätzold. Er betont, die Flächengröße lasse nur eine viergruppige Kita zu. Als Option sei nun dargestellt worden, dass eine Tiefgarage im Hang gebaut werden könne. Nicht möglich sei, die Tiefgarage wegzulassen und stattdessen Gruppenräume einzurichten, denn der Hang könne nicht in die Kita-Außenflächen miteinbezogen werden. Quartiersgaragen "lebten" davon, dass sie in kleineren Einheiten dezentral untergebracht seien. Die Umweltbelange würden selbstverständlich auch im Verfahren nach § 13a BauGB geprüft und eingearbeitet; ebenso sei ein Artenschutzgutachten erstellt worden. Eine Kita sei innerhalb der Rahmenbedingungen möglich. Der Vorsitzende schlägt vor, die Vorlage ohne Votum einzubringen, um dem Bezirksbeirat eine erneute Diskussion zu ermöglichen. In der weiteren Beratung könnten die Planungen zum Gablenberger Parkierungskonzept, der öffentliche Raum und andere Aspekte nochmals dargestellt werden.

Diesem Vorschlag kann StR Kotz zustimmen. Man befinde sich im klassischen Dilemma der zeitlichen Abläufe. Er bittet um weitere Details zu einer Tiefgarage an der Schule (Anzahl der Stellplätze, Kosten).

Auch StR Peterhoff (90/GRÜNE) signalisiert Zustimmung zu diesem Vorschlag. Hauptpunkt sei die Entscheidung über die Tiefgarage, über die dann abgestimmt werden

könne. Die Kita werde von niemandem hinterfragt, und er bitte um Prüfung der Variante ohne Tiefgarage. Eventuell seien doch mehr Kita-Gruppen möglich. Für einen umfassenden Vergleich sei auch die Darstellung der Kosten einer kompletten Hangabsicherung hilfreich.

Kritisch sieht StRin Schanbacher das Verhalten des Rates, der stets schnellere Verfahren fordere und jetzt selbst ein Vorankommen behindere. Daher schlage sie Einbringung und Prüfung des Parkraumkonzeptes vor, denn "abgelehnt ist sehr schnell".

Für StR Ozasek bildet die Parkierung den roten Faden, der sich durch den Prozess ziehe. Er sehe momentan nicht, dass es ein abgestimmtes Parkraumkonzept geben werde; dies müsse vom Gemeinderat beschlossen werden, durchbreche aber dann den kompletten Beteiligungsprozess. Er denke nicht, auf diesem Wege zu einem Ergebnis zu kommen. Der Stadtrat kann sich dem Vorschlag von BM Pätzold anschließen. Er regt an zu prüfen, ob anstatt eines Satteldachs eine fünfte Kita-Gruppe auf einer Dachfläche möglich sei. Den Äußerungen von StRin Köngeter zur Grünstruktur stimmt er zu. Die schutzwürdigen Güter seien in der Vorlage ausführlich dargelegt und dürften somit nicht einfach "weggewischt" werden. Dies könne beispielsweise mit einer Fassadenbegrünung oder mehr Straßenbaumbestand in der Umgebung kompensiert werden.

Auf die nötigen Außenflächen pro Kita-Gruppe weist BM Pätzold erneut hin. Für weitere Gruppen müsse der Hang abgegraben werden. Er nehme das Thema in die Prüfung mit auf. Bezüglich der Kompensation geht er davon aus, dass die neue Energierichtlinie gelte, wonach 30 % der Gebäudeoberfläche zu begrünen seien.

Herr Dr. Kron (ASW) ergänzt, im vereinfachten Verfahren werde lediglich auf eine förmliche Umweltprüfung verzichtet. Wenn Eingriffe in Natur und Landschaft erfolgten, würden diese ausgeglichen und alle relevanten Umweltbelange abgewogen. Wenn nun das Verfahren gestartet werde, erfolge zunächst die Anhörung aller Träger öffentlicher Belange. Es sei somit noch lange nicht beschlossen, dass die Tiefgarage gebaut werden könne.

BM Pätzold stellt fest:

Der Standort als Kita wird vom Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik mit großer Mehrheit befürwortet. Die Tiefgarage wurde kontrovers diskutiert. Die aufgeworfenen Fragen werden erneut beraten.

Die GRDRs 794/2020 ist ohne Abstimmung einggebracht.

Zur Beurkundung

Schmidt / fr

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
Baurechtsamt (2)
weg. STA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat JB
Jugendamt (2)
 3. BVin Ost
 4. Stadtkämmerei (2)
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS